

Zusammenfassung des Postulats

In ihrem am 27. März 2007 eingereichten und gleichentags begründeten Postulat (*TGR* S. 287-288) ersuchen die Grossräte Josef Fasel und Elian Collaud den Staatsrat, einerseits die auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichteten Bedürfnisse des Strassen- und öffentlichen Verkehrs und andererseits die kantonalen und eidgenössischen Finanzströme im Zusammenhang mit den Strassen und dem Verkehr darzulegen. Dadurch sollen die Investitionsmöglichkeiten ausgelotet werden können.

Antwort des Staatsrats

Der Staatsrat hatte in den letzten Jahren bereits die Gelegenheit, diese Problematik zu erörtern. Als Beispiele seien erwähnt: der Bericht zum Postulat Nr. 208.97 Jean-Pierre Dorand über die Auswirkungen ungenügender Beträge für den Strassenunterhalt (*TGR* 1999 S. 31-60); oder die Antwort des Staatsrats auf die Motionen Nr. 086.05 Markus Bapst über die zweckgebundene Verwendung der LSVA-Gelder und Nr. 077.04 Heinrich Heiter / Pierre-André Page über die Weiterleitung von 30 % der LSVA-Erträge an die Gemeinden (*TGR* 2005 S. 1041-1050).

Der Staatsrat ist jedoch bereit, dem Grossen Rat einen Bericht zu unterbreiten, in welchem die in der Begründung des Postulats enthaltenen Punkte behandelt werden. Allerdings muss der Staatsrat zu den Zollabgaben, die die Verfasser des Postulats ebenfalls ansprechen, einschränkend sagen, dass der Kanton weder Zollabgaben erhebt noch – mit Ausnahme des Treibstoffzolles – vom Bund an den Zolleinnahmen beteiligt wird. Entsprechend wird der Bericht diese spezifische Frage ausklammern.

Abschliessend empfiehlt der Staatsrat das Postulat zur Annahme.

Freiburg, 26. Juni 2007